

## Bis 400.000 Euro - Wachsende Kritik an Gehältern von Kassenvorständen

22 Apr. 2026 16:39 Uhr

Medienberichte über ausufernde Spitzengehälter in den Chefetagen Kassenärztlicher Versicherungen sorgen für Unmut bei den Bürger und Reaktionen in der Politik. Bundesgesundheitsministerin Warken (CDU) kündigt nun an die hohen Vorstandsgehälter "ins Visier" nehmen zu wollen.



© Urheberrechtlich geschützt

Gesetzliche Krankenversicherungen – für die leitenden Chefs steigen die Gehälter, für die Mitglieder die Gebühren bei sinkenden Kostenübernahmen (Symbolbild)

Die Medien beschäftigen sich erneut mit den exorbitanten Spitzengehältern in den Chefetagen der gesetzlichen Krankenversicherungen. Die *Bild*-Zeitung berichtet titelnd von "Boss-Gehältern", die laut *Berliner Zeitung* aufgrund lauter werdender Kritik aus der Gesellschaft nun über einen "Gehaltsdeckel" kontrolliert werden sollen. Die Kritik lautet, dass die leitenden Vorstandschefs der Krankenkassen trotz vermeintlich leerer Kassen, angekündigten Einsparungen bei den Leistungen sowie Kürzungen zuungunsten der Versicherten "unterdessen weiter ordentlich zulangen".

Die gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) sind vermeintlich knapp bei Kasse und präsentieren gegenüber der Politik eine vermeintlich kaum zu bewältigende Finanzlücke. Gesundheitsministerin Nina Warken von der CDU reagierte mit der Ankündigung von erneuten Einschränkungen und Belastungen für die Versicherten im Rahmen einer angekündigten "Gesundheitsreform", angekündigt über ein "Sparpaket", inklusive dazugehöriger Beitragserhöhungen.

Dazu berichtet die *Bild*-Redaktion zusammenfassend:

*"Um das Gesundheitssystem zu retten, will Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU) die Beitragszahler noch mehr belasten. Es drohen: höhere Zuzahlungen auf Rezepte, weniger Krankengeld, Leistungskürzungen. Aber an die Boss-Gehälter will die Regierung nicht ran."*

Laut aktuellen Zahlen des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) würde den gesetzlichen Krankenversicherungen in den kommenden Jahren ein Defizit in zweistelliger Milliardenhöhe drohen. So könnte bereits laut [BIZ-Artikel](#) im kommenden Jahr "ein Minus von rund 15 Milliarden Euro zu Buche stehen".

Demgegenüber präsentiert die *Bild*-Redaktion jetzt recherchierte Spitzengehälter aus den Chefetagen der Versicherungen, um eine alphabetische Gehaltsliste [zu präsentieren](#), zum Thema "was ihr Kassenchef im Jahr verdient (Gehalt, Bonus) und was weitere Vorstandsmitglieder aus ihren Beiträgen kassieren". Zu den Spitzenverdienern dieser Branche gehören demnach in den Toppositionen:

- TK: Jens Baas – mit 402.518 Euro/Jahr.
- Barmer: Christoph Straub – 360.600 Euro
- DAK: Andreas Storm – 352.308 Euro
- AOK Niedersachsen: Jürgen Peter – 311.791 Euro plus Boni über 62.576 Euro
- Siemens-Betriebskrankenkasse: Gertrud Demmler – 300.360 Euro

Das Portal *Telepolis* [berichtet](#), dass in sieben nachweislichen Fällen die Gehälter im Jahr 2025 um mehr als zehn Prozent gestiegen sind, wobei "bei 35 von 79 Vorstandsverträgen zudem erfolgsabhängige Boni vorgesehen" sind.

Die *Berliner Zeitung* berichtet nun, dass demnach politische Pläne aus dem Warken-Ministerium lauten, dass die Managerbezüge in Zukunft nicht schneller steigen sollen als die Einnahmen der jeweiligen Kasse. Dazu heißt es weiter:

*"Zum Jahresbeginn gab es [93 gesetzliche Krankenkassen](#) mit jeweils einer eigenen Verwaltung. Die sogenannten sachlichen Verwaltungskosten stiegen im vergangenen Jahr um 4,4 Prozent. Die persönlichen Verwaltungskosten legten sogar um sechs Prozent zu."*

Die Top Ten der Spitzenverdiener lagen laut Recherche der Zeitung dabei "mit ihrer Jahresgage alle über 280.000 Euro". Fünf Vorstandschefs erhielten mehr als 300.000 Euro, dabei noch nicht einmal "eingerechnet Zusatzleistungen wie zum Beispiel Zuschüsse zur Altersvorsorge".

Ministerin Warken plane indessen, diesen Realitäten entgegenzuwirken, wobei die Pläne lauten, auch die Vergütung der Führungsebenen unterhalb der Vorstände stärker zu regulieren. Parallel plane die Bundesbehörde auch, die hohen Verwaltungskosten und Werbeausgaben der Kassen zu begrenzen. Diesbezügliche Zahlen lauten:

*"Die Ausgaben dafür betragen im vorigen Jahr insgesamt 13,3 Milliarden Euro. Das waren etwa 602 Millionen Euro oder 12,7 Prozent mehr als 2024."*

Wenig überraschend erfolgte zu den Warken-Plänen umgehende Kritik aus der Branche, in Form einer 177-seitigen [Stellungnahme](#) des GKV-Spitzenverbandes vom 19. April. Die Kassenchefs warnen dabei unter anderem vor einem "Wettbewerbsnachteil bei der Gewinnung von Führungspersonal". Qualifizierte Kräfte könnten dabei in die Privatwirtschaft abwandern, "wo deutlich höhere Gehälter üblich seien".

Die generellen strukturellen Probleme der gesetzlichen Krankenversicherungen, wie steigende Gesundheitskosten, eine alternde Bevölkerung und teure medizinische Innovationen, könne ein Gehaltsdeckel nicht wesentlich lösen.

Der Gehaltsdeckel sei zwar politisch populär, löse aber die strukturellen Finanzprobleme der GKV nicht, heißt es in der Stellungnahme. So wird darauf verwiesen, dass die Vorstandsgehälter "im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der GKV nur eine sehr geringe Rolle spielen". Demnach bewegt sich ihr Anteil lediglich "im Promillebereich".

Die GKV gab laut Angaben im vergangenen Jahr 325 Milliarden Euro aus, davon gingen demnach "mehr als 100 Milliarden an die Krankenhäuser für Behandlungen und 55 Milliarden an die Pharmaindustrie". 50 Milliarden flossen in die ambulante ärztliche Versorgung.